
Die Haushaltsentwicklung der Stadt Wien 1980–1989

Eine Strukturanalyse

Bruno Roßmann

1. Einleitung

Analysen über die finanzielle Situation öffentlicher Rechtsträger in Österreich stellen sehr stark auf den Bundeshaushalt ab, obwohl den Ländern und Gemeinden aufgrund der föderalen Struktur sehr große Bedeutung zukommt. Zwar gibt es regelmäßig vor dem Abschluß eines „neuen“ Finanzausgleiches Diskussionen über die Mittelaufteilung, das Wissen über die Mittelverwendung von Landes- und Gemeindehaushalten beschränkt sich jedoch auf einige wenige Insider. Die Stadt Wien, die im Jahr 1989 immerhin ein Budgetvolumen von etwa 93 Milliarden Schilling (etwa 5 Prozent des BIP) hatte, bildet dabei keine Ausnahme. Ziel dieser Arbeit ist es daher, einen Überblick über die finanzielle Gebarung des Wiener Haushaltes zu geben.

Langfristige Haushaltsanalysen stoßen in aller Regel aufgrund von Änderungen der Verbuchungspraxis bzw. von gesetzlichen Änderungen auf gravierende statistische Probleme. Das gilt auch für die Stadt Wien, die im Jahre 1980 die Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV)¹ als verbindliche Richtschnur zur Darstellung des Voranschlages bzw. des Rechnungsabschlusses übernahm. Eine bis dahin grundsätzlich andere Gliederung erschwert einen Vergleich mit den Jahren zuvor. Die hier durchgeführte Haushaltsanalyse beschränkt sich daher auf den Zeitraum 1980–1989. Eine weitere Einschränkung der Aussagekraft dieser Untersuchung ergibt sich daraus, daß die Fonds (Wirtschaftsförderungsfonds, Stadterneuerungsfonds) keinen Eingang in die Analyse finden. Auch die Wiener Stadtwerke bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Tabelle 1

Gebarungsabgang auf administrativer und auf Kassenbasis 1980–1989
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Einnahmen	52.513	57.044	62.065	63.454	67.303	70.192	76.286	79.881	84.499	90.018	+6,2
Ausgaben	54.068	60.334	65.568	66.966	70.276	73.072	82.033	83.534	88.053	93.021	+6,2
Gebarungsabgang auf administrativer Basis	1.555	3.290	3.504	3.512	2.973	2.879	5.748	3.653	3.554	3.003	
hievon:											
gedeckt durch Fremdmittelaufnahme	1.549	3.185	3.372	1.810	1.301	–	4.015	1.896	1.781	1.257	
+ Vortrag auf neue Rechnung	5	105	132	1.701	1.672	2.879 ¹	1.732	1.757	1.773	1.746	
– Abwicklung der Vorjahre	–	–	5	105	132	1.701	2.672	1.879	1.732	1.757	
+ Rücklagenentnahmen	291	507	435	1.678 ³	1.261	2.137	392	619	362	844	
– Rücklagenzuführungen	770	1.494	1.416	1.759	2.245	1.864	2.331	1.410	4.824	1.842	
Gebarungsabgang auf Kassenbasis (brutto)	1.075	2.303	2.518	3.325	1.857	1.451	1.137	983	–2.640 ²	248	

1 Hievon 1 Milliarde Schilling auf das Jahr 1986

2 Ohne vorgezogene Fremdmittelaufnahmen zur Deckung künftiger Abgänge ergibt sich ein Überschuß von 140 Millionen Schilling

3 1983 erfolgte eine Rücklagenentnahme in Höhe von 800 Millionen Schilling zur Wertpapierveranlagung von Wohnbauförderungsgeldern. Sie bleibt hier unberücksichtigt.

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

2. Die Entwicklung der Globaldaten 1980–1989

Die Einnahmen und Ausgaben von öffentlichen Haushalten können zumindest nach drei verschiedenen Budgetkonzepten erfaßt werden. Im Zentrum der öffentlichen Diskussion steht dabei üblicherweise die *Haushaltsentwicklung auf administrativer Basis*, wie sie in den Rechnungsabschlüssen zu finden ist. International werden der besseren Vergleichbarkeit wegen die öffentlichen Haushalte nach dem *Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung* dargestellt. Ein Vorteil der VGR-Konzeption liegt aus ökonomischer Sicht darin, daß die Daten mit anderen volkswirtschaftlichen Aggregaten (etwa den Spar- und Investitionsströmen) in konsistenter Weise verknüpft sind. Die wesentlichen Unterschiede bestehen darin, daß in letzterem Konzept Einnahmen und Ausgaben unterschiedlich zugeordnet werden, die Betriebe und die Rücklagegebarung nicht erfaßt werden. Ein drittes Konzept stellt auf Kassenbewegungen ab. Der *Haushalt auf Kassenbasis* unterscheidet sich von dem auf administrativer Basis durch die Nichteinbeziehung der Rücklagegebarung und gibt daher den Liquiditätsbedarf an.

Der Gebarungsabgang in den Rechnungsabschlüssen (Gebarungsabgang auf administrativer Basis) stellt eine Saldogröße dar, die nur eine geringe Aussagekraft besitzt. Rein formal wird nämlich der Rechnungsabschluß in der Art einer Gewinn-und-Verlust-Rechnung stets ausgeglichen dargestellt. Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben ausgeglichen werden kann, durch einen Vortrag auf neue Rechnung auszugleichen. Dieser „Verlustvortrag“, der durch die VRV ermöglicht wird, verringert zwar die Fremdmittelaufnahmen des laufenden Jahres, findet jedoch im Rechnungsabschluß des übernächsten Jahres seinen Niederschlag. Wesentlich aussagekräftiger ist demgegenüber der auf den Liquiditätsbedarf abstellende Gebarungsabgang auf Kassenbasis. Man kann ihn ermitteln, indem man den Gebarungsabgang auf administrativer Basis um die Abwicklung der Vorjahre sowie um den Rücklagensaldo bereinigt. Tabelle 1 stellt beide Salden dar.

Tabelle 2 geht noch einen Schritt weiter. Einerseits werden die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben um saldenneutrale Positionen bereinigt, andererseits wird der Gebarungsabgang auf Kassenbasis als Nettogröße – also unter Abzug der Tilgungen – hergeleitet. Dabei zeigt sich, daß die bereinigten Einnahmen und Ausgaben im Betrachtungszeitraum 1980–1989 durchschnittlich pro Jahr gleich stark (+ 6,6 Prozent) gestiegen sind. Ihre Entwicklung war dynamischer als jene der Bruttowertschöpfung Wiens (+ 6,0 Prozent). Setzt man den kassenmäßigen Nettogebarungsabgang in Beziehung zur Bruttowertschöpfung, so zeigt sich in den Jahren 1981 und 1983 ein Anstieg dieser Quote gegenüber dem Vorjahr. Berücksichtigt man im Jahre 1983 die Entnahme von Wohnbauförderungsgeldern zur Wertpapierveranlagung im Ausmaß von 800 Millionen Schilling, so betrug die Nettodefizitquote lediglich 0,2 Prozent. Sieht man von dem geringfügigen Anstieg der Nettodefizitquote von 1982 bis 1983 ab, so wird praktisch 1982 ein Konsolidierungspro-

Tabelle 2

Wichtige Kennzahlen der Budgetentwicklung 1980–1989
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Gesamtausgaben	54.068	60.334	65.568	66.966	70.276	73.072	82.033	83.534	88.053	93.021	+6,2
– Rücklagenzuführung	770	1.494	1.416	1.759	2.245	1.864	2.331	1.410	4.824	1.842	
– Umschuldungen	–	–	1.298	–	722	–	–	2.843	1.026	3.621	
– Durchlaufer	6.614	7.899	8.626	7.222	6.924	5.311	7.968	5.500	7.464	6.291	
– zweckgebundene Investitionsdarlehen	1.934	1.999	2.322	2.762	2.348	1.121	2.429	1.891	1.824	1.518	
Bereinigte Gesamtausgaben	44.750	48.942	51.906	55.223	58.037	64.776	69.305	71.890	72.915	79.749	+6,6
Gesamteinnahmen	52.513	57.044	62.064	63.454	67.303	70.192	76.286	79.881	84.499	90.018	+6,2
– Rücklagenentnahme	291	507	435	1.678 ¹	1.261	2.137	392	619	362	844	
– Fremdmittelaufnahmen	1.934	1.998	3.620	2.761	3.070	1.121	2.430	4.735	5.350	5.139	
– Durchlaufer	6.614	7.899	8.626	7.222	6.924	5.311	7.968	5.500	7.464	6.291	
Bereinigte Gesamteinnahmen	43.674	46.640	49.383	51.793	56.048	61.623	65.496	69.027	71.323	77.744	+6,6
Saldo	1.076	2.302	2.523	3.430	1.989	3.153	3.809	2.863	1.592	2.005	
+ Abwicklung Vorjahre	–	–	5	105	132	1.701	2.672	1.879	1.732	1.757	
Gebärungsabgang auf Kassenbasis brutto	1.076	2.302	2.518	3.325	1.857	1.452	1.137	984	–140	248	
Gebärungsabgang auf Kassenbasis netto	461	1.596	373	1.369	–358	–484	–1.089	–3.112	–2.805	–3.517	
Kassenmäßiger Gebärungsabgang (netto) in % der Bruttowertschöpfung	0,2	0,6	0,1	0,4	–0,1	–0,1	–0,3	–0,8	–0,7	–0,8	
Bruttowertschöpfung (oLuf) in Mio. S	263,6	280,2	300,2	318,1	335,7	356,8	378,5	398,4	422,3	444,5	+6,0
Wirksamer Ausgabenüberschuß in Mio. S ²	–356	497	–1.062	–81	–1.900	–1.996	–2.475	–4.533	–4.335	–5.140	

1 Unberücksichtigt bleibt hier die Entnahme zur Wertpapierveranlagung von Wohnbauförderungsgeldern, die während des Jahres getätigt wurde.

2 Wirksamer Ausgabenüberschuß + Zinsenaufwand = Gebärungsabgang

Quelle: Rechnungsabschlüsse, WIFO, eigene Berechnungen

zeß eingeleitet, der dazu führt, daß seit dem Jahr 1984 auf Kassenbasis laufend Haushaltsüberschüsse erzielt wurden, die in den Jahren 1987 bis 1989 ein beachtliches Ausmaß erreichten. Gemessen an der gesamtösterreichischen Konjunkturentwicklung (Abschwung 1981/82 im Anschluß an die zweite Ölpreiskrise) zeigt die Wiener Budgetpolitik damit lediglich im Jahre 1981 ein antizyklisches Verhalten. Die Konsolidierung des Haushaltes 1982 paßt jedoch im Gegensatz zur Konsolidierung danach weder zur gesamtösterreichischen noch zur Wiener Konjunkturentwicklung, die in der Richtung stets mit der gesamtösterreichischen Entwicklung mitgeht.

Wie jeder Konsolidierungsprozeß, so war auch dieser von einer Einengung des Haushaltsspielraumes begleitet. Das zeigt sich an der Entwicklung des wirksamen Ausgabenüberschusses² sehr deutlich. Dieser Indikator bringt zum Ausdruck, in welchem Ausmaß Stabilitätspolitik betrieben werden kann, da er durch die zugrundeliegenden Ausgaben für Investitionen den Wirtschaftsablauf beeinflussen kann. Der Ausgabenüberschuß im Jahre 1981 deutet auf ein konjunkturpolitisches Gegensteuern hin. In allen anderen Jahren ist der Ausgabenüberschuß negativ. Das ist eine Begleiterscheinung jeder Budgetkonsolidierung, die allerdings nur in einer Phase der Unterbeschäftigung – wie etwa 1982 – schwer wiegt.

3. Kennzahlen der Verschuldung

Die finanzielle Situation eines Haushaltes muß auch an der Entwicklung der Finanzschuld sowie der Nettoneuverschuldung beurteilt werden. Tabelle 3 zeigt eine Gliederung der Schulden in Analogie zur Darstellung in den Rechnungsabschlüssen. Die Zu- und Abgänge an Fremdmitteln werden dabei danach gegliedert, in welcher Art für den Schuldendienst allgemeine Deckungsmittel heranzuziehen sind. Als Saldo ergibt sich daraus jeweils die jährliche Nettoneuverschuldung. Diese Finanzschuldzunahme ist nicht identisch mit dem Gebarungsabgang, sie unterscheidet sich vor allem durch Bewertungsdifferenzen bei Fremdwährungsschuld, Veränderungen der Kassenbestände, Rücklagengebarung und durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungen.

Der Verlauf der Nettoneuverschuldung bei den Fremdmitteln zur Abgangsdeckung (Gruppe I in Tabelle 3) zeigt ein sehr uneinheitliches Bild. Die Neuverschuldung stieg 1980/81 stark an. Danach konnte sie bis 1985 erheblich reduziert werden – bedingt vor allem durch die Möglichkeit des Verlustvortrages. In den Jahren zwischen 1985 und 1989 stieg die Neuverschuldung trotz Budgetkonsolidierung wieder kräftig an. Diese Entwicklung ist auf eine geänderte Debt-Management-Strategie zurückzuführen. Die Bruttoschuldaufnahmen wurden von den Abgangserfordernissen abgekoppelt und orientierten sich vor allem an den Kapitalmarktverhältnissen. Der kurzfristige Mittelbedarf wurde über den Geldmarkt gedeckt³. Das Debt Management versuchte also, günstige Ka-

Tabelle 3

**Entwicklung der Nettoverschuldung und des Schuldenstandes
in Mio. öS**

		1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
I. Schulden, deren Schuldendienst überwiegend aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird	Aufnahme ¹	1.694	3.607	4.823	2.239	2.258	48	4.101	5.003	6.396	1.257
	Abnahme ²	450	495	2.102	1.679	2.068	2.286	2.248	4.125	2.667	4.275
		1.244	3.112	2.721	560	190	-2.238	1.853	878	3.729	-3.018
II. Schulden, deren Schuldendienst überwiegend durch Gebühren usw. abgedeckt wird											
a) Hoheitsverwaltung	Aufnahme ¹	940	938	961	1.479	1.303	394	1.573	1.151	1.290	1.047
	Abnahme ²	133	178	186	229	254	260	310	350	398	452
		807	760	775	1.250	1.049	134	1.263	801	892	595
b) Wiener Stadtwerke	Aufnahme ¹	2.364	2.751	3.023	980	1.437	1.372	2.118	9	1.385	2.851
	Abnahme ²	1.517	2.170	2.491	2.511	2.110	1.431	3.182	2.467	2.980	4.287
		847	581	532	-1.531	-673	-59	-1.064	-2.458	-1.595	-1.436
III. Für andere Gebietskörperschaften und Rechtsträger aufgenommene Schulden	Aufnahme ¹	71	59	26	28	34	33	20	101	78	34
	Abnahme ²	46	48	41	43	48	44	47	66	52	45
		25	11	-15	-15	-15	-11	-27	35	26	-10
Nettoneuverschuldung		2.923	4.464	4.013	264	551	-2.174	2.025	-744	3.052	-3.869
Schuldenstand zum 31. 12.		31.613	36.077	40.090	40.353	40.907	38.732	40.755	40.013	43.064	39.196
Schulden in % der Bruttowertschöpfung		12,0	12,9	13,4	12,7	12,2	10,9	10,8	10,0	10,2	8,8
Rücklagenstand zum 31. 12.		1.906	2.893	3.874	3.955	4.939	4.666	6.604	7.396	11.858	12.856

1 Aufnahmen und Konversionen, Kursverluste bei Fremdwährung

2 Tilgungen und Konversionen, Kursgewinne bei Fremdwährung

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

pitalmarktkonditionen für langfristige Kapitalaufnahmen zu nutzen. Seit 1982 wurden nahezu ausschließlich Anleihen in Schweizer Franken bzw. in Swaps – die nunmehr in Schweizer Franken bedient werden – begeben.

Durch Ausnützung der Zinsarbitrage gelang es, die Durchschnittsverzinsung niedrig zu halten. Sie lag im Jahr 1989 bei 5,4 Prozent (Inlandsanleihen: 8,7 Prozent, Fremdwährungsanleihen: 4,8 Prozent).

Diese Debt-Management-Politik hat dazu geführt, daß bei den Fremdmitteln zur Abgangsdeckung vom Schuldenstand des Jahres 1989 in Höhe von ca. 15 Milliarden Schilling knapp 14 Milliarden Schilling – also über 90 Prozent – auf den Schweizer Franken entfallen. Eine Beurteilung der Finanzierungsstruktur kann nicht vorgenommen werden, da Daten über die Fälligkeitsstruktur (durchschnittliche Laufzeiten) der Finanzschulden nicht vorliegen.

Die oben beschriebene Debt-Management-Politik sowie die Konsolidierungsstrategie finden ihren Niederschlag auch in der Schulden- und Zinsendienstquote. Die Entwicklung dieser Quoten zeigt Tabelle 4. Die für die Budgetpolitik relevante Größe – die Zinsendienstquote für den eigenen Schuldendienst – ist zu Ende des Jahrzehnts deutlich geringer als in den Phasen der expansiven Budgetpolitik. Es darf dennoch nicht übersehen werden, daß der Zinsendienst eine Größe ist, die eine höhere Dynamik aufweist als die Bruttowertschöpfung (1980/89: + 6,9 Prozent).

In der Gruppe IIa (Wohnbaudarlehen, Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds) zeigt sich bis 1983 ein kontinuierlicher Anstieg der Neuverschuldung, danach kehrt sich jedoch der Trend um. Bei den für die Wiener Stadtwerke aufgenommenen Fremdmitteln (Gruppe IIb) übersteigen seit 1983 die Tilgungen die Aufnahmen, es wird somit kontinuierlich entschuldet.

Der Schuldenstand, gemessen an der Bruttowertschöpfung, entspricht der Entwicklung der Budgetpolitik. Er erreicht 1982 etwa 13 Prozent der Bruttowertschöpfung und sinkt danach kontinuierlich auf unter 9 Prozentpunkte.

Für die Beurteilung der finanziellen Situation eines öffentlichen Haushaltes wird jedoch die alleinige Betrachtung der Finanzschuld als nicht ausreichend betrachtet. Es empfiehlt sich daher zusätzlich eine Analyse verschiedener Finanzierungssalden, wobei üblicherweise von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgegangen wird (Tabelle 5). Der Saldo der laufenden Gebahrung ist dabei der wichtigste Indikator für den Grad der Knappheit der finanziellen Mittel. Er sagt aus, wieviel von den im Deckungsjahr erfolgenden Vermögenszuflüssen nach Durchführung der vermögensverbrauchenden Ausgaben der Gemeinde Wien für den Zweck der Tilgung von Schulden oder der Bildung von Sach- und Finanzanlagevermögen verbleiben. Er wird oft auch als Manövriermasse bezeichnet. Dabei zeigt sich, daß sich Wiens relativer Saldo von 1980 bis 1982 drastisch verschlechterte (von 25,8 Prozent auf 18,4 Prozent der laufenden Einnahmen, 1977 betrug er sogar noch 30,7 Prozent), danach wieder leicht anstieg und auf hohem positiven Niveau etwa konstant blieb (1988: 21,9 Prozent). Während Wien ebenso wie die

anderen Länder und Gemeinden im allgemeinen Überschüsse akkumulierten, mußte der Bund laufend Defizite finanzieren (Schönböck 1988, Lehner 1989). Dabei ist zum einen die unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen den beiden Rechtsträgern, zum anderen beim Finanzierungssaldo die zunehmende Konzentration der Aufbringung öffentlicher Finanzierungsmittel beim Bund zu berücksichtigen.

Zieht man vom Saldo der laufenden Gebarung die Tilgung von Darlehen ab, erhält man die sogenannte freie Finanzspitze (Gantner/Palm 1987), die zur Nettodarlehensgewährung und zur Finanzierung von Nettoinvestitionen verwendet werden kann. Sie war im Betrachtungszeitraum durchwegs positiv, unterlag jedoch ähnlichen Schwankungen wie der Saldo der laufenden Gebarung. Daneben können Investitionen freilich auch aus Einnahmen der Vermögensgebarung finanziert werden.

Da sowohl der Saldo der laufenden Gebarung also auch die freie Finanzspitze von der Art der Finanzierung der Wohnbauförderung abhängig sind, soll – als weiterer Maßstab zur Beurteilung der Budgetpolitik – der Saldo des Vermögensveränderungskontos herangezogen werden. Dieser Saldo, der auch als „Net-lending“ bezeichnet wird, setzt sich aus verschiedenen Teilsalden zusammen, einerseits den Netto-Kreditaufnahmen (Verschuldung) und andererseits dem Saldo aus Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere, Darlehen). Diese beiden Salden haben zu meist – so auch bei Wien – entgegengesetzte Vorzeichen. Daneben wirkt sich der Saldo der Rücklagegebarung auf das Net-lending aus (Tabelle 6). Die zum Teil gegenläufige Entwicklung einzelner Komponenten schränkt aber die Aussagekraft des Saldos der Netto-Vermögensveränderung im Hinblick auf die Nachfrageeffekte der Budgetpolitik ein, weil die indirekten Wirkungen aus Finanztransaktionen nicht berücksichtigt werden (Lehner 1989). Gerade aber bei den Ländern spielen die Darlehen eine wichtige Rolle. Das Net-lending ist mit Ausnahme des Jahres 1982 negativ, d. h. die Zugänge im Finanzvermögen übersteigen die Kreditaufnahmen. Das läßt restriktive Einflüsse des Wiener Budgets vermuten. Eine Ausnahme bildet die Periode 1980/82, in der der Saldo des Vermögensveränderungskontos positiv war. Der Finanzanlagensaldo (größtenteils Darlehensgewährungen im Wohnbau) weist ebenso wie die Verschuldung eine sinkende Tendenz auf. Die Entwicklung der Teilsalden bestätigt die globale Entwicklung. Die restriktiven Wirkungen werden jedoch durch das hohe Gewicht der Wohnbaudarlehen abgeschwächt. Von ihnen können erhebliche (indirekte) Nachfrageeffekte ausgelöst werden. Das legt den Schluß nahe, daß die restriktiven Wirkungen des Wiener Budgets schwächer waren, als es das Net-lending vermuten läßt. Vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat der Rücklagen-saldo erheblich zum Nettovermögensaufbau beigetragen.

Vergleicht man den gesamten Vermögenszuwachs (d. h. Finanzanlagen, Sachanlagen sowie Rücklagen) mit den Nettokreditaufnahmen, so kann man unschwer erkennen, daß der Schuldenzuwachs durch Vermögenszuwächse gedeckt ist. Der Aufbau eines beträchtlichen Nettovermögens, der im übrigen in allen Länderhaushalten zu beobachten ist, relativiert die Beurteilung der Finanzschuldenentwicklung. Die starke

Tabelle 4

**Entwicklung des eigenen Schuldendienstes
in Mio. öS**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Tilgungen	615	706	2.145	1.956	2.215	1.936	2.226	4.096	2.665	3.765	+22,3
Zinsaufwand	817	1.099	1.435	1.450	1.542	1.512	1.386	1.421	1.530	1.623	+ 7,9
Schuldendienst	1.432	1.806	3.627	3.407	3.756	3.448	3.612	5.517	4.195	5.388	+15,9

Kennzahlen zur Verschuldung

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Zinsdienstquote ¹	3,8	4,9	6,4	6,1	6,0	5,5	4,7	4,7	4,9	4,8
Schuldendienstquote ²	6,6	8,0	16,2	14,4	14,7	12,6	12,2	18,1	13,5	16,0

1 Anteil des Zinsaufwandes an den eigenen Steuern und Ertragsanteilen

2 Anteil des Schuldendienstes an den eigenen Steuern und Ertragsanteilen

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 5

Finanzierungssalden Wiens 1980–1986

	1980		1982		1984		1986		1988	
	Mio. öS	% ³	Mio. öS	% ³	Mio. S	% ³	Mio. öS	% ³	Mio. öS	% ³
+ laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen	6.622		8.441		9.222		9.550		12.575	
– Personalaufwand	–10.920		–13.031		–14.495		–16.488		–17.505	
– Intermediärverbrauch	– 7.602		–10.106		–11.090		–12.801		–14.480	
= Saldo des Produktionskontos	–11.900	–64,2	–14.696	–63,5	–16.363	–52,2	–19.729	–67,4	–19.410	–60,7
+ sonstige Einkommen aus Besitz und Unternehmung	4.230		5.500		6.200		6.874		6.955	
+ Steuern i. w. S.	24.857		26.079		29.309		34.042		35.221	
+ laufende Transfereinnahmen	5.544		6.384		7.370		8.776		9.095	
– Zinsen	– 2.077		– 2.950		– 2.843		– 2.600		– 2.342	
– laufende Transferausgaben	–10.019		–11.794		–13.099		–15.154		–15.506	
= Saldo des Einkommenskontos	22.535	65,1	23.219	61,2	26.937	62,8	31.938	64,3	33.423	65,2
+ Verkäufe von bestimmten Sachanlagevermögen	677		220		445		256		331	
+ Kapitaltransfereinnahmen	851		1.304		1.126		2.734		3.521	
– Bruttokapitalbildung	– 8.840		– 9.008		– 8.617		–10.784		–11.601	
– Kapitaltransferausgaben	– 2.275		– 2.117		– 2.399		– 2.453		– 2.457	
= Saldo des Sachvermögenskontos	– 9.587	–86,3	– 9.601	–86,3	– 9.445	–85,7	–10.247	–77,4	–10.206	–68,8

Tabelle 5 (Fortsetzung)

	1980		1982		1984		1986		1988	
	Mio. öS	% ³	Mio. öS	% ³	Mio. S	% ³	Mio. öS	% ³	Mio. öS	% ³
+ Darlehensrückzahlungen	2.011		3.171		2.643		3.780		3.954	
+ Schuldenaufnahme	5.905		10.029		4.812		7.761		8.057	
+ Verkauf von Wertpapieren und Beteiligungen	35		159		65		256		16	
+ Entnahme aus Rücklagen	291		435		1.261		392		362	
- Darlehensgewährung	- 5.537		- 6.527		- 5.265		- 5.557		- 4.945	
- Schuldentilgung	- 2.168		- 4.676		- 4.287		- 5.361		- 5.567	
- Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen	- 490		- 236		- 722		- 626		- 1.295	
- Zuführung von Rücklagen	- 771		- 1.416		- 2.245		- 2.331		- 4.824	
= Saldo des Finanzvermögenskontos	- 724	- 8,1	939	6,8	- 3.738	-29,9	- 1.686	-12,2	- 4.242	-25,5
Veränderung des kurzfristigen Geldvermögensbestandes	324		- 139		- 2.609		266		- 436	
Saldo der laufenden Gebarung ¹	10.635	25,8	8.523	18,4	10.574	20,3	12.199	20,6	14.013	21,9
Saldo der Vermögensgebarung ²	-10.311	-51,3	- 8.662	-36,1	-13.183	-56,0	-11.933	-44,0	-14.448	-47,1

1 Produktions- und Einkommenskonto

2 Sach- und Finanzvermögenskonto

3 Bei Einnahmenüberschuß: % der Einnahmensumme des betreffenden Kontos;
bei Ausgabenüberschuß: % der Ausgabensumme des betreffenden Kontos.

Quelle: ÖStZ, eigene Berechnungen, Schönböck (1988)

Gläubigerposition rührt daher, daß die Länder wichtige Finanzierungsfunktionen, vor allem im Wohnbau, erfüllen.

Tabelle 6

Komponenten des Net-lending
in Mio. öS

	1980	1982	1984	1986	1988
Nettokreditaufnahme	3.737	5.353	525	2.400	2.490
Rücklagensaldo	-480	-981	-984	-1.939	-4.462
Finanzanlagensaldo (Beteiligungen, Wert- papiere, Darlehen)	-3.981	-3.433	-3.279	-2.147	-2.270
Net-lending (= Saldo des Finanzvermögenskontos)	-724	+939	-3.738	-1.686	-4.242

Quelle: Eigene Berechnungen aus Tabelle 5

Wie die anderen Länder, so hat auch Wien eine sehr umfangreiche Rücklagegebarung. Zwischen 1980 und 1989 stiegen die Rücklagen um 11,4 Milliarden Schilling. Durch die Rücklagenaufstockung erreicht Wien eine beträchtliche Liquidität. Der Rücklagenaufbau kann aus zwei Quellen gespeist werden: aus nicht verbrauchten Krediten bzw. aus Zweckbindungen gesetzlicher oder in der Haushaltsordnung festgelegter Art. Vom Rücklagenstand zu Jahresende 1989 (ca. 13 Milliarden Schilling) sind etwa 49 Prozent (= 6,3 Milliarden Schilling) auf Zweckbindungen zurückzuführen. Davon entfällt der überwiegende Teil, nämlich 4,9 Milliarden Schilling, auf die Wohnbauförderung. Die freie Rücklage in Höhe von 6,6 Milliarden Schilling (= 51 Prozent) verteilt sich grob wie folgt:

498 Millionen Schilling: AKH bzw. SMZ Ost

2500 Millionen Schilling: vorzeitige Fremdmittelaufnahmen
infolge günstiger Konditionen

1600 Millionen Schilling: Rücklage zur Tilgung von endfälligen Anleihen

1596 Millionen Schilling: sogenannte „Rathausmilliarde“

Das wirft – insbesondere im Fall der freien Rücklagen – die Frage auf, ob eine solche Liquiditätssituation mit der Budgetfinanzierung in Einklang steht oder ob nicht – angesichts beachtlicher Gebarungsüberschüsse – mit wesentlich geringeren Rücklagen das Auslangen gefunden werden kann.

4. Die Entwicklung der Einnahmen- und Ausgabenseite

Die Entwicklung der laufenden Gebarung hat gezeigt, daß die Überschüsse starken Schwankungen ausgesetzt waren. Um den Ursachen dieser Entwicklung auf den Grund zu gehen, ist eine detailliertere Analyse der Einnahmen- und Ausgabenströme notwendig.

4.1. Die Entwicklung der Einnahmenseite – Aufkommen und Struktur

Betrachtet man die verschiedenen Einnahmenströme der Stadt Wien (Tabelle 7), so fällt auf, daß ein erheblicher Teil der Mittel aus nicht unmittelbar beeinflussbaren Einnahmequellen stammt. Dies entspricht freilich der föderalen Struktur Österreichs. Die Mittelzuteilung über den Finanzausgleich bestimmt demnach sehr wesentlich den finanziellen Spielraum einer Gemeinde.

1989 stammten etwa 28 Prozent der Gesamteinnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Rechnet man hiezu noch die Zweckzuschüsse zur Wohnbauförderung, so erhöht sich dieser Anteil auf etwa 33 Prozent. Daraus resultiert eine gewisse Manövrierunfähigkeit.

Über den Untersuchungszeitraum weist die Entwicklung der Ertragsanteile eine unterdurchschnittliche Aufkommensdynamik auf, die Elastizität liegt nur bei 0,9 Prozent. Die abnehmende Ergiebigkeit des österreichischen Steuersystems ist die wohl wichtigste Ursache dafür. Darüber hinaus schlugen sich die Einkommensteuerreform 1981 und die Auswirkungen der Volkszählung 1981 dämpfend nieder. Zwischen 1981 und 1982 gingen die Ertragsanteile relativ stark zurück. 1989 konnte Wien trotz der Einkommensteuerreform 1988 kräftig an Ertragsanteilen zulegen. Die Verluste an Lohn- und Einkommensteuer wurden durch Gewinne bei der Kapitalertragsteuer I und II teilweise kompensiert. Die Länder und Gemeinden – insbesondere aber Wien – haben sich bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen (FAG 1989) einen hohen Anteil an der neu eingeführten Kapitalertragsteuer II sichern können.

Insgesamt ist der Anteil der Ertragsanteile an den Gesamteinnahmen zurückgegangen (1980: 28,6 Prozent, 1989: 27,9 Prozent).

Ohne auf die Finanzausgleichsproblematik im einzelnen einzugehen, läßt sich aber dennoch festhalten, daß Wien in den Finanzausgleichsverhandlungen der Vergangenheit nicht schlecht abgeschnitten hat (Farny/Kratena/Roßmann 1990). Bei der Frage nach der „Gerechtigkeit“ der Mittelaufteilung im Finanzausgleich muß berücksichtigt werden, daß Wien nicht nur wegen seiner verfassungsrechtlichen Stellung, sondern auch wegen der komplexer werdenden ökologischen, verkehrstechnischen sowie sozialen und demographischen Probleme in großen Ballungsräumen einen Sonderstatus hat. Daneben muß auch berücksichtigt werden, daß sich die Bedarfsadäquatheit der Mittel nur schwer anhand objektiver Indikatoren ermitteln läßt.

Tabelle 7

Einnahmenentwicklung 1980–1990

in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %	Aufkommens- elastizitäten 1980–1989
Landes- und Gemeindeabgaben	5.764	6.474	6.462	6.809	7.043	7.449	7.898	8.244	8.617	9.526	5,7	0,95
Gebühren	1.804	2.088	2.541	2.893	3.140	3.100	3.141	3.411	3.749	3.797	8,6	1,43
Ertragsanteile aus gemein- schaftlichen Bundesabgaben	15.868	16.159	15.988	16.906	18.489	19.985	21.667	22.264	22.384	24.132	4,8 (5,4) ¹	0,8 (0,9) ¹
Einnahmen aus Leistungen	5.312	5.747	6.598	6.836	7.463	7.685	8.016	8.486	9.264	10.003	7,3	1,22
Einnahmen aus Vermietung/ Verpachtung	2.257	2.488	3.414	3.947	4.296	4.679	4.991	5.034	5.089	5.655	10,7	1,78
Transferleistungen des Bundes	7.334	7.920	8.561	8.555	9.019	10.553	11.913	12.314	12.858	12.997	6,6	1,1
Eigene Fremdmittelaufnahmen	1.934	1.998	3.620	2.761	3.070	1.121	2.430	4.735	5.350	1.518 ²	–	–
Durchlaufende Gebarung	6.614	7.899	8.626	7.222	6.924	5.311	7.968	5.500	7.464	6.291	–	–
Sonstige Einnahmen	5.626	6.271	6.254	7.525	7.859	10.309	8.262	9.893	9.724	12.478	9,3	1,55
Gesamteinnahmen	52.513	57.044	62.064	63.454	67.303	70.192	76.286	79.881	84.499	86.397 ²	5,7	0,9

Anteile in %

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Landes- und Gemeindeabgaben	11,0	11,3	10,4	10,7	10,5	10,6	10,4	10,3	10,2	11,0
Gebühren	3,4	3,7	4,1	4,6	4,7	4,4	4,1	4,2	4,4	4,4
Ertragsanteile aus gemein- schaftlichen Bundesabgaben	30,2 (28,6)	28,3	25,8	26,6	27,5	28,5	28,4	27,9	26,5	27,9
Einnahmen aus Leistungen	10,1	10,1	10,6	10,8	11,1	10,9	10,5	10,6	11,0	11,6
Einnahmen aus Vermietung/Verpachtung	4,3	4,4	5,5	6,2	6,4	6,7	6,5	6,3	6,0	6,5
Transferleistungen des Bundes	14,0	13,9	13,8	13,5	13,4	15,0	15,6	15,4	15,2	15,0
Eigene Fremdmittelaufnahmen	3,7	3,5	5,8	4,4	4,6	1,6	3,2	5,9	6,3	1,8
Durchlaufende Gebarung	12,6	13,8	13,9	11,4	10,3	7,6	10,4	6,9	8,8	7,3
Sonstige Einnahmen	10,7	11,0	10,1	11,9	11,7	14,7	10,8	12,4	11,5	14,4
Gesamteinnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Darin enthalten sind auch die Nachzahlungen von Ertragsanteilen aufgrund eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes in Höhe von 864 Mio. S. Klammerwerte ohne Berücksichtigung der Nachzahlungen.

2 Ohne Umschuldung für die Stadtwerke im Ausmaß von 3.621 Mio. S.

Quelle: Rechnungsabschlüsse der Gemeinde Wien, Gebarungsübersichten, eigene Berechnungen

Auch die Dynamik der Landes- und Gemeindeabgaben konnte mit der Wertschöpfungsentwicklung nicht Schritt halten. Unter den größeren Abgaben verzeichnete nur die Gebrauchsabgabe – sie besteuert den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund – aufgrund von Tarifierhebungen (1982 und insbesondere 1988) einen deutlichen Zuwachs. Trotz einer linearen Anhebung der Einheitswerte um 12,5 Prozent (1983) wuchsen die Grundsteuereinnahmen deutlich unterdurchschnittlich. Das gilt auch für die Gewerbe- und Lohnsummensteuer, deren unterdurchschnittliche Entwicklung teilweise mit dem Wegfall der Gewerbesteuer sowie mit der Verlagerung von Einkaufszentren an die Peripherie Wiens erklärt werden kann. Die sonstigen Abgaben hingegen stiegen überdurchschnittlich (Tabelle 8), was insbesondere auf die Anzeigen-, Ankündigungsabgabe sowie auf die Vergnügungssteuer (Anhebung der Besteuerung von Glücksspielautomaten) zurückgeführt werden kann⁴. Die Landes- und Gemeindeabgaben trugen mit 11 Prozentpunkten zu den Gesamteinnahmen bei. Verglichen mit 1980 konnte ihr Anteil an den Gesamteinnahmen bis 1989 nur aufgrund von Steuererhöhungen konstant (bei 11,0 Prozent) gehalten werden.

Ganz anders verlief die Entwicklung bei den Gebühren (vgl. Tabelle 7 und 8). Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen stieg in der Untersuchungsperiode von 3,4 Prozent (1980) auf 4,4 Prozent (1989). Dementsprechend hoch war die Aufkommenselastizität dieser Einnahmenkategorie (1980/89: 1,43). Diese dynamische Entwicklung ist auf starke Gebührenanhebungen in der Periode 1980/84 zurückzuführen, im Zeitraum danach wuchsen die Gebühren schwächer als die Gesamteinnahmen. Seit der Beseitigung der Kostenunterdeckung bei den Gebühren für (Ab-)Wasser und Müllabfuhr steht „das Bemühen im Vordergrund, die Kostendeckung zu erhalten, die Regulierung jedoch häufiger als früher und damit auch in kleineren Schritten durchzuführen“⁵.

Anteilsgewinne waren auch bei den Einnahmen aus Leistungen (Tabelle 7 und 9) zu beobachten (1980: 10,1 Prozent, 1989: 11,6 Prozent). Während die Pflegegebühren für die Krankenanstalten nur knapp überdurchschnittlich expandierten, nahmen die Pflegegebühren der Pflegeheime um jährlich durchschnittlich 11,6 Prozent zu. Dabei ist anzumerken, daß diese zu einem beträchtlichen Teil vom eigenen Fürsorgeträger zu erbringen sind. 1989 betrug dieser Anteil 46 Prozent. Auch die Kostenbeiträge(-ersätze) sowie die sonstigen Erlöse und Gebühren stiegen im Zeitraum 1980/89 stärker als die Bruttowertschöpfung Wiens.

Sehr starke Anteilsgewinne (1980: 4,3 Prozent, 1989: 6,5 Prozent) und eine dementsprechend hohe Aufkommensdynamik verzeichneten die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Die hohen Zuwächse 1981/82 – und in abgeschwächter Form 1982/83 – bei den städtischen Wohnhäusern waren eine Folge des Mietrechtsgesetzes 1982. In der Periode nach 1983 ließ die Dynamik der Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung wieder deutlich nach (1983/89: + 6,2 Prozent).

Die Transferleistungen des Bundes (Tabelle 7 und 10) expandierten insgesamt deutlich stärker als die Gesamteinnahmen, sodaß auch ihr Anteil an den Einnahmen einen Anstieg zu verzeichnen hatte (1980: 14,0

Tabelle 8

Landes- und Gemeindeabgaben
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Gewerbesteuer	1.534	1.540	1.533	1.554	1.626	1.821	2.012	2.160	1.913	2.206	+ 4,1
Grundsteuer	537	541	557	629	646	656	665	685	655	700	+ 3,0
Lohnsummensteuer	1.622	1.715	1.766	1.801	1.866	1.955	2.115	2.171	2.285	2.500	+ 4,9
Getränkesteuer	521	558	603	633	659	686	750	769	815	829	+ 5,3
Gebrauchsabgabe	355	771	478	556	572	614	625	606	935	1.084	+13,2
Sonstige	1.195	1.349	1.525	1.636	1.675	1.718	1.731	1.853	2.014	2.207	+ 7,1
Gesamt	5.764	6.474	6.462	6.809	7.044	7.450	7.898	8.244	8.617	9.526	+ 5,7

Gebühren
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Wasser	913	1.023	1.127	1.244	1.251	1.186	1.213	1.292	1.355	1.359	+ 4,5
Abwasser	317	351	559	779	1.011	1.018	1.014	1.047	1.131	1.143	+15,3
Müllabfuhr	574	713	855	870	878	896	914	1.072	1.264	1.295	+ 9,5
Gesamt	1.804	2.087	2.541	2.893	3.140	3.100	3.141	3.411	3.750	3.797	+ 8,6

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Rechnungsabschlüsse

Tabelle 9

Einnahmen aus Leistungen
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Pflegegebühren											
Pflegeheime	435	491	618	687	729	788	871	930	1.079	1.169	+11,6
Pflegegebühren											
Krankenanstalten	2.937	3.128	3.692	3.706	4.225	4.210	4.445	4.669	4.945	5.179	+ 6,5
Kostenbeiträge											
und Kostenersätze	735	772	778	830	881	942	917	999	1.226	1.473	+ 8,0
sonstige Erlöse											
und Gebühren	1.205	1.356	1.510	1.613	1.628	1.745	1.783	1.888	2.014	2.182	+ 6,8
Summe	5.312	5.747	6.598	6.836	7.463	7.685	8.016	8.486	9.264	10.003	+ 7,3

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 10

Transferleistungen des Bundes
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Ersätze für Landeslehrer	2.628	2.823	3.009	3.161	3.285	3.472	3.700	3.891	3.977	4.139	+ 5,2
Beiträge zum U-Bahnbau	589	656	974	546	822	1.299	1.827	1.859	1.708	2.370	+16,7
Wohnbauförderung ¹	3.325	3.649	3.713	3.929	3.926	4.304	4.611	4.730	4.398 ¹	4.509	+ 3,4
Sonstige Zuweisungen											
und Zuschüsse	792	792	865	919	986	1.478	1.775	1.834	2.775 ²	1.979 ²	+10,7
Gesamt	7.334	7.920	8.561	8.555	9.019	10.553	11.913	12.314	12.858	12.997	+ 6,6

1 Zweckzuschüsse ab 1988

2 Mittel aus Bundeswohnbaufonds: 1.124 Mio. S (1988), 163 Mio. S (1989)

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Prozent, 1989: 15,0 Prozent). Innerhalb der Transferleistungen stiegen sowohl die Ersätze für die Landeslehrer als auch die Wohnbauförderungsmittel nur unterdurchschnittlich an. Der geringe Anstieg der Leistungen für die Wohnbauförderung ist ähnlich zu erklären wie jener der Ertragsanteile: Auswirkungen der Volkszählung 1981 (wirkt sich mit Verzögerung erst 1983/84 aus), geringe Ergiebigkeit des Steuersystems inklusive der Steuerreformen. Die Verländerung der Wohnbauförderung (1988), die eine Umwandlung der Mittel auf Zweckzuschüsse und eine 10prozentige Kürzung mit sich brachte, wirkte sich bis 1989 erst zu einem geringen Teil aus. Eine außerordentlich starke Expansion zeigt sich bei den Beiträgen zum U-Bahnbau, wobei die anteiligen Abgeltungen für die Linien U3 und U6 offensichtlich in unregelmäßigen Tranchen erfolgen.

Tabelle 11 stellt die Entwicklung der eigenen Fremdmittelaufnahmen dar. Mit diesen Fremdmitteln werden einerseits Umschuldungstransaktionen durchgeführt. Mit den anderen nicht der Abgangsdeckung dienenden Fremdmitteln werden Darlehen für den Wohnbau bzw. vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds aufgenommen. Sie dienen somit der Finanzierung von Investitionen.

Tabelle 12 zeigt die Fremdmittelaufnahmen für Dritte und die Beiträge Dritter zum Schuldendienst. Diese beiden Positionen betreffen in erster Linie Darlehen und Anleihen für die Wiener Stadtwerke. Die interne Fremdmittelverrechnung beinhaltet die Weiterverrechnung von Investitionsdarlehen und die Rücklagenverrechnung des daraus resultierenden Schuldendienstes. Diese Position ist praktisch saldenneutral und hat daher keine Auswirkung auf den Budgetsaldo.

Der hohe durchschnittliche Zuwachs bei den sonstigen Einnahmen von jährlich 9,3 Prozent ist insofern überzeichnet, als diese von 1988 auf 1989 von gewissen Sondereffekten beeinflusst waren: starke Mehreinnahmen gab es bei den Leistungen des KRAZAF, stark gestiegene Umsatzsteuervergütungen, höhere Rücklagenentnahmen sowie Einnahmen aus Verkäufen der Wiener Holding (ca. 1 Milliarde Schilling). Aber auch im Zeitraum 1980/88 unterlag diese heterogene Größe relativ starken Schwankungen. Anteilsmäßig an den Gesamteinnahmen hat diese Größe jedenfalls eine stark steigende Tendenz.

4.2. Die Entwicklung der Ausgabenseite

4.2.1. Ausgaben in ökonomischer Gliederung

Tabelle 13 zeigt die Entwicklung der Ausgaben und deren Struktur in ökonomischer Gliederung^e. Von den um die Abwicklung der Vorjahre und die 1989 erfolgte Umschuldung für die Wiener Stadtwerke bereinigten Gesamtausgaben entfielen 1989 etwa 28 Prozent auf den Personalaufwand und knapp 72 Prozent auf den Sachaufwand. Diese Relation zeigt gegenüber dem Beginn der achtziger Jahre eine Verschiebung zu

Tabelle 11

Eigene Fremdmittelaufnahmen
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Umschuldungsmaßnahmen	–	–	1.298	–	722	–	–	2.843	3.526 ²	–
Wohnbau- bzw. Wohnungsverbesserungsdarlehen	1.670	1.672	2.085	2.532	2.178	1.000	2.210 ¹	1.388	1.303	1.166
Sonstige Darlehen (insbesondere WWF)	264	357	237	230	170	121	219	503	521	352
Gesamt	1.934	1.998	3.620	2.761	3.070	1.121	2.430	4.735	5.350	1.518

1 darin sind WSG-Mittel in Höhe von 1 Mrd. S enthalten, die einer Sonderrücklage zugeführt werden

2 davon vorgezogene Fremdmittelaufnahmen zur künftigen Abgangsdeckung in Höhe von 2.500 Mio. S

Quelle: Rechnungsabschlüsse

Tabelle 12

Durchlaufende Gebarung
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Fremdmittelaufnahme für Dritte ¹	2.427	2.799	3.037	996	1.461	1.405	2.136	111	1.463	1.075
Fremdmittelgebarung interne Verrechnung ²	1.396	1.464	1.612	2.190	1.953	1.118	1.343	1.812	2.132	1.972
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	2.791	3.636	3.977	4.036	3.510	2.788	4.489	3.577	3.869	3.244
Gesamt	6.614	7.899	8.626	7.222	6.924	5.311	7.968	5.500	7.464	6.291

1 betreffen in erster Linie Anleihen und Darlehen für die Wiener Stadtwerke

2 Weiterentwicklung von Investitionsdarlehen sowie die Rückverrechnung des daraus resultierenden Schuldendienstes

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 13

Ausgabenentwicklung 1980–1989 in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zu- wachs 1980/89 in %
Personalaufwand											
Aktive Bedienstete	11.046	12.103	13.173	13.933	14.658	15.662	16.673	17.436	17.694	18.690	+ 6,0
Pensionisten	3.429	3.724	4.040	4.273	4.526	4.828	5.100	5.354	5.566	5.885	+ 6,2
Sachaufwand											
Investitionen	8.928	9.092	9.087	8.692	8.774	9.198	10.831	11.576	11.651	13.760	+ 4,9
Instandhaltungs- aufwand	2.248	2.374	2.681	2.797	2.794	3.081	3.323	3.457	3.674	3.807	+ 6,0
Soziale Wohlfahrt ¹	2.574	2.773	3.415	3.670	4.190	4.402	4.766	4.888	5.433	5.826	+ 9,5
Wohnbauförderung inkl. Rücklagen- zuführung	4.970	5.468	5.758	6.926	6.401	6.793	8.043	7.662	6.474	5.829	+ 1,8
Schuldendienst	1.432	1.806	3.627	3.407	3.756	3.448	3.612	5.517	4.195	5.338	+15,9
Durchlaufer	6.614	7.899	8.626	7.222	6.924	5.311	7.968	5.500	7.464	6.291	– 0,5
Sonstige Ausgaben ²	12.827	15.095	15.156	15.941	18.121	18.688	19.045	20.265	24.170	22.167	+ 6,3
Gesamtausgaben³	54.068	60.334	65.563	66.861	70.144	71.371	79.361	81.655	86.321	87.643²	+ 5,5

1 Zweckzuschüsse ab 1988

2 Mittel aus Bundeswohnbaufonds: 1.124 Mio. S (1988), 163 Mio. S (1989)

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 13 (Fortsetzung)

Ausgabenentwicklung 1980–1989
Anteile in %

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Personalaufwand										
Aktive Bedienstete	20,4	20,1	20,1	20,8	20,9	21,9	21,0	21,4	20,5	21,3
Pensionisten	6,3	6,2	6,2	6,4	6,5	6,8	6,4	6,6	6,4	6,7
Sachaufwand										
Investitionen	16,5	15,1	13,9	13,0	12,5	12,9	13,6	14,2	13,5	15,7
Instandhaltungsaufwand	4,2	3,9	4,1	4,2	4,0	4,3	4,2	4,2	4,3	4,3
Soziale Wohlfahrt ¹	4,8	4,6	5,2	5,5	6,0	6,2	6,0	6,0	6,3	6,6
Wohnbauförderung	9,2	9,1	8,9	10,4	9,1	9,5	10,1	9,4	7,5	6,7
Schuldendienst	2,6	3,0	5,5	5,1	5,4	4,8	4,6	6,8	4,9	6,1
Durchlaufer	12,2	13,1	13,2	10,8	9,9	7,4	10,0	6,7	8,6	7,2
Sonstige Ausgaben	23,7	25,0	23,1	23,8	25,8	26,2	24,0	24,8	28,0	25,3
Gesamtausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1 Ohne Personalaufwand bzw. ohne Investitionen und Instandhaltung bei den Ansätzen 4210, 4220, 4291, 4350

2 ohne Umschuldung für WStW (3.621 Mio. S);

3 ohne Abwicklung der Vorjahre

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

den Personalausgaben (Personalaufwand: 1980: 26,8 Prozent, 1989: 28,0 Prozent). Innerhalb des Betrachtungszeitraumes war zunächst bis 1985 ein deutlicher Anstieg der Personaltangente festzustellen (28,7 Prozent), danach ging ihr Anteil wieder leicht zurück.

4.2.1.1. Personalstand und Personalaufwand

Die Gemeinde Wien ist mit ca. 59.000 Beschäftigten ein überaus wichtiger Dienstgeber. Unter Berücksichtigung des Personals der Wiener Stadtwerke erhöht sich diese Zahl 1989 um 15.531 Beschäftigte. Dabei ist festzuhalten, daß der damit verbundene Personalaufwand nicht zur Gänze von der Stadt Wien getragen wird. Sowohl der Aktivitäts- als auch der Pensionsaufwand für die Landeslehrer wird zum größten Teil vom Bund übernommen. Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Entwicklung des Personalstandes der Stadt Wien einschließlich der Landeslehrer, jeweils getrennt für Aktive und Pensionisten.

Während beim Personalstand für den Magistratsbereich im Zeitraum 1980/89 eine Zunahme von durchschnittlich + 1,3 Prozent pro Jahr zu beobachten ist, nahm der Personalstand der Landeslehrer um durchschnittlich 0,4 Prozent pro Jahr – mit Schwankungen innerhalb dieser Periode – ab. Im gleichen Zeitraum ist die Schülerzahl an Volks-, Haupt- und Sonderschulen jedoch von 129.036 auf 97.670 – also jährlich durchschnittlich um 3,0 Prozent – zurückgegangen⁷.

Anders verlief die Entwicklung bei den Pensionisten. Die Zahl der Pensionen im Magistratsbereich und bei den Landeslehrern nahm über den gesamten Zeitraum geringfügig zu (Tabelle 14). Die Pensionsbelastungsquote ist in beiden Fällen günstig, obwohl sie sich bei den Landeslehrern verschlechtert hat.

Differenziert man den Personalstand Wiens nach Beamten und Vertragsbediensteten (Tabelle 15), so zeigt sich, daß die Zahl der pragmatisierten Bediensteten im Magistratsbereich zugenommen und jene der Vertragsbediensteten abgenommen hat. Umgekehrt – und in der Tendenz wesentlich deutlicher ausgeprägt – ist die Situation bei den Landeslehrern. Dementsprechend stieg der Anteil der pragmatisierten Bediensteten im Magistrat von 53 auf 59 Prozent, während er bei den Landeslehrern von 92 auf 83 Prozent zurückging.

Tabelle 16 zeigt die Entwicklung des Personalaufwandes seit 1980 getrennt nach Aktivitäts- sowie Pensionsaufwand. Die durchschnittliche Zuwachsrate beträgt 6,1 Prozent, wobei die Dynamik beim Pensionsaufwand etwas stärker war. Innerhalb des Aktivitätsaufwands war der Zuwachs bei den Landeslehrern deutlich geringer. Umgekehrt war die Entwicklung bei den Pensionen. Die Relation zu den Bruttoentgelten für unselbständige Arbeit zeigt, daß der Personalaufwand Wiens einen gegenüber den Bruttoentgelten leicht steigenden Trend aufweist⁸. Im Vergleich zum Bund war sowohl im Ausgangs- wie auch im Endjahr der Pro-Kopf-Aufwand in Wien geringer (Wien: 1980: ca. S 206.000,-, 1989: S 317.000,-, Bund: 1980: S 214.000,-, 1989: S 335.000,-).

Tabelle 14

Personalstand

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Aktive											
Krankenanstalten	16.845	17.314	17.633	17.798	18.107	18.540	18.797	18.792	18.474	19.520	+ 1,7
Ver- und Entsorgung	3.688	3.697	3.687	3.698	3.700	3.671	3.751	3.791	3.759	3.784	+ 0,3
Pflegeheime	3.073	3.114	3.087	3.047	3.071	3.161	3.161	3.167	3.759	3.986	+ 2,9
Kindertagesheime	3.458	3.561	3.608	3.761	3.854	4.016	4.133	4.222	4.265	3.970	+ 1,5
Feuerwehr	1.529	1.570	1.575	1.582	1.620	1.604	1.641	1.636	1.644	1.634	+ 0,7
Stadtgartenamt	825	842	830	856	855	849	846	856	852	854	+ 0,4
Sonstige Magistratsdienststellen	14.470	14.675	14.646	15.073	15.204	15.419	15.695	15.777	15.732	15.746	+ 0,9
Landeslehrer	9.825	9.317	9.322	9.580	8.903	9.418	9.582	9.679	9.660	9.470	- 0,4
Summe	53.713	54.090	54.388	55.395	55.314	56.678	57.606	57.920	58.145	58.964	+ 1,0
Pensionen											
Magistrat	18.562	18.601	18.538	18.538	18.593	18.541	18.483	18.590	18.829	18.774	+ 0,1
Landeslehrer	4.013	4.040	4.086	4.060	4.131	4.113	4.243	4.330	4.391	4.385	+ 0,1
Summe	22.575	22.641	22.624	22.598	22.724	22.654	22.726	22.920	23.220	23.159	+ 0,3
Gesamt	76.288	76.731	77.012	77.993	78.038	79.332	80.332	80.840	81.365	82.123	+ 0,8

Quelle: Rechnungsabschlüsse, Gebärungsübersichten, eigene Berechnungen

Tabelle 15

Personalstand – Aktive

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Aktive											
1. Magistrat	43.888	44.773	45.066	45.815	46.411	47.260	48.024	48.241	48.485	49.494	+ 1,3
Pragmatisierte											
Bedienstete	23.429	23.664	24.307	25.124	26.469	27.799	29.098	29.366	29.571	29.350	+ 2,5
Vertragsbedienstete	20.459	21.109	20.759	20.691	19.942	19.461	18.926	18.875	18.914	20.144	- 0,2
2. Landeslehrer	9.825	9.317	9.322	9.580	8.903	9.418	9.582	9.679	9.660	9.470	- 0,4
Pragmatisierte											
Bedienstete	9.010	7.763	7.801	8.115	7.632	7.987	8.125	8.262	8.029	7.863	- 1,5
Vertragsbedienstete	815	1.554	1.521	1.465	1.271	1.431	1.457	1.417	1.631	1.607	+ 7,8
Summe	53.713	54.090	54.388	55.395	55.314	56.678	57.606	57.920	58.145	58.964	+ 1,0
Anteil der Pragmatisierten Bediensteten in %											
Magistrat	53	53	54	55	57	59	61	61	61	59	
Landeslehrer	92	83	84	85	86	85	85	85	83	83	

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 16

Personalaufwand
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zu- wachs 1980/89 in %
1. Aktivitätsaufwand											
Krankenanstalten	3.355	3.710	4.115	4.403	4.663	5.014	5.330	5.531	5.477	5.900	+6,5
Ver- und Entsorgung	814	907	968	1.000	1.043	1.099	1.171	1.259	1.265	1.311	+5,4
Pflegeheime	577	639	689	720	748	800	848	873	1.038	1.104	+7,5
Kindertagesheime	454	506	550	587	633	588	746	791	806	862	+7,4
Feuerwehr	351	399	438	465	496	530	568	595	605	631	+6,7
Städtgartenamt	224	247	272	288	308	321	330	331	326	347	+5,0
Sonstige Magistrats- dienststellen	3.523	3.547	3.863	4.086	4.304	4.609	4.895	5.125	5.213	5.441	+4,9
Landeslehrer	2.019	2.148	2.278	2.384	2.462	2.601	2.785	2.931	2.964	3.094	+4,9
Summe	11.046	12.103	13.173	13.933	14.657	15.662	16.673	17.436	17.694	18.690	+6,0
2. Pensionsaufwand											
Magistrat	2.583	2.798	3.037	3.215	3.409	3.632	3.828	4.016	4.167	4.419	+6,1
Landeslehrer	846	926	1.003	1.058	1.118	1.196	1.272	1.339	1.399	1.466	+6,3
Summe	3.429	3.724	4.040	4.273	4.526	4.828	5.100	5.354	5.566	5.885	+6,2
Gesamt	14.475	15.827	17.213	18.206	19.183	20.490	21.773	22.790	23.260	24.575	+6,1

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Nicht im Personalstand bzw. Personalaufwand enthalten sind die Beschäftigten und Pensionisten der Wiener Stadtwerke, deren Vermögen vom übrigen Vermögen der Gemeinde Wien gesondert verwaltet wird. Der aktive Personalstand der Wiener Stadtwerke hat sich weniger dynamisch (+ 0,6 Prozent) entwickelt als jener der Gemeinde Wien, der Stand der Pensionisten hat sich um durchschnittlich 1,5 Prozent pro Jahr verringert:

Personalstand der Wiener Stadtwerke

	1980	1985	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Aktive	14.699	15.376	15.531	+0,6
Pensionisten	15.409	14.454	13.474	-1,5

Quelle: Geschäftsberichte der Wiener Stadtwerke

Der in den Geschäftsberichten der Wiener Stadtwerke ausgewiesene Personalaufwand (1989: 7391 Millionen Schilling) ist insofern zu niedrig, als der Personalaufwand für die Pensionisten der Wiener Stadtwerke Verkehrsbetriebe zu einem Teil aus Mitteln der Hoheitsverwaltung der Gemeinde Wien getragen wird.

4.2.1.2. Der Sachaufwand und seine Komponenten

Investitionen und Instandhaltungsaufwand

Die Ausweitung der Investitionen war im Betrachtungszeitraum 1980/89 unterdurchschnittlich (+ 4,9 Prozent); der Investitionsanteil an den Gesamtausgaben ging von 16,5 Prozent auf 15,7 Prozent zurück (Tabelle 13). Ein etwas differenzierterer Blick auf die Investitionen läßt erkennen, daß es deutliche Schwerpunktverlagerungen gegeben hat (Tabelle 17). Wurden 1980 für den U-Bahn-Bau und den Neubau des AKH knapp ein Drittel der Investitionsausgaben beansprucht, so waren es 1989 bereits mehr als die Hälfte (54 Prozent). Diese Schwerpunktverlagerung ging vor allem zu Lasten des Gemeindewohnbaus, des Straßen- und Brückenbaus sowie des verbesserten Hochwasserschutzes. Mit der Konzentration von Investitionen auf Großprojekte wie den U-Bahn-Bau und den Krankenhausbau erfolgte eine Verlagerung zu Investitionen, für die Bund und Länder hohe Zuschüsse leisten.

Tabelle 17

Investitionen
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zu- wachs 1980/89 in %
Grunderwerb	563	447	807	316	493	306	426	219	264	511	- 1,1
Wohnhausbau	2.082	2.625	2.885	3.308	2.663	1.732	1.390	1.387	1.371	1.084	- 7,0
Straßen- und Brückenbau	419	336	375	339	311	338	347	408	308	371	- 1,3
U-Bahn-Bau	2.194	1.995	1.380	1.127	1.463	2.667	3.379	3.981	4.058	5.729	+11,3
Verbesserter Hochwasserschutz	559	484	386	350	240	327	398	424	404	215	-10,0
Neubau AKH	625	950	1.000	1.085	1.500	1.496	1.750	1.345	1.405	1.650	+11,4
Sonstiges	2.486	2.255	2.254	2.167	2.104	2.332	3.141	3.812	3.841	4.200	+ 6,0
Gesamt	8.928	9.092	9.087	8.692	8.774	9.198	10.831	11.576	11.651	13.760	+ 4,9

Nettoerfordernis für Investitionen
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Investitionsaufwand ¹	8.928	9.092	9.087	8.692	8.774	9.198	10.831	11.576	11.651	13.760
abzüglich zweckgebundene Investitionsdarlehen	1.934	1.999	2.322	2.762	2.348	1.121	1.429	1.891	1.824	1.518
abzüglich Kostenbeiträge des Bundes ²	689	756	1.074	646	922	1.299	2.327	2.159	2.008	2.670
abzüglich Beiträge aus dem KRAZAF	78	167	138	135	117	135	167	169	278	305
Nettoerfordernis	6.383	6.504	5.829	5.419	5.621	6.913	5.242	7.695	8.097	9.877
Deckung des Investitionsaufwandes durch den Bund in %	8	8	12	7	11	14	22	19	17	19
Nettoerfordernis in % der Gesamtinvestitionen	71	72	64	62	64	75	48	66	69	72

1 Ohne Vorsteuerbeträge für Umsatzsteuer

2 Hochwasserschutz, U-Bahn-Bau

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 18

Instandhaltungsaufwand
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Instandhaltung von:											
1. Gebäuden	1.136	1.214	1.452	1.562	1.529	1.769	2.046	2.109	2.215	2.339	+ 8,4
hievon:											
Wohnhaus-											
instandhaltung	650	721	976	1.119	1.098	1.359	1.611	1.655	1.733	1.746	+11,6
2. Wasser- und											
Kanalisationsanlagen	290	291	287	280	270	272	266	327	359	335	+ 1,6
3. Straßenbauten	167	168	167	153	149	139	139	149	145	144	- 1,6
4. Sonstiges	655	701	775	802	846	901	872	872	955	989	+ 4,7
Gesamt	2.248	2.374	2.681	2.797	2.794	3.081	3.323	3.457	3.674	3.807	+ 6,0

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 19

Wohnbauförderung (inkl. Sanierung)
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zuwachs 1980/89 in %
Darlehensgewährung	2.960	3.080	3.341	3.215	3.291	3.098	3.250	3.620	3.339	2.461	-2,0
Zinsen- und Annuitäten-zuschüsse	1.138	1.295	1.537	1.592	1.700	1.745	1.770	1.744	1.973	2.049	+6,8
Wohnbeihilfen	291	350	406	422	452	468	453	440	452	420	+4,2
Sonstige	581	743	474	1.697	958	1.482	2.570	1.858	80	898	+5,0
hievon:											
Rücklagenzuführung	551	711	438	644	659	1.129	1.821 ¹	957	630	315	-
Summe	4.970	5.468	5.758	6.926	6.401	6.793	8.043 ²	7.662 ²	6.474	5.829	+1,8

1 hievon 1 Mrd. S aus dem Kapitalversicherungsförderungsgesetz

2 inklusive Übertrag von Wohnbauförderungsmitteln gemäß Wohnhaussanierungsgesetz (1986: 678 Mio. S, 1987: 770 Mio. S)

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Gleichzeitig kam es bei den Investitionen zu einer Verschiebung der Finanzierungsstruktur. Das Nettoerfordernis für Investitionen lag 1980 ebenso wie 1989 etwas über 70 Prozent der Investitionen. Innerhalb der Periode gab es jedoch erhebliche Schwankungen. Zu Beginn der achtziger Jahre, als die Überschüsse aus der laufenden Gebarung sanken, sank auch das Nettoerfordernis. Mit steigenden Überschüssen der laufenden Gebarung in den Jahren danach stieg auch der Rückgriff auf allgemeine Budgetmittel für die Investitionsfinanzierung. Die Kostenbeiträge des Bundes haben im Rahmen der Investitionsfinanzierung gegenüber der zweckgebundenen Finanzierung an Bedeutung gewonnen (Tabelle 17).

Der Anteil der Instandhaltungsaufwendungen an den Gesamtausgaben hat sich im Zeitablauf praktisch nicht verändert (1980: 4,2 Prozent, 1989: 4,3 Prozent). Für die Instandhaltung von Gebäuden wurden 1980 51 Prozent der Mittel aufgewendet, 1989 waren es 61 Prozent. Davon entfielen zuletzt rund drei Viertel auf die Wohnungsinstandhaltung, 1980 waren es 57 Prozent (Tabelle 18). Die Aufwendungen für andere Verwendungsbereiche wie Wasser und Kanalisation sowie Straßenbauten expandierten eher schwach oder waren sogar rückläufig. Die Konzentration von Instandhaltungsaufwendungen auf den Gebäudebereich war eine Folge der Novellierung des Mietrechtsgesetzes zu Beginn der achtziger Jahre. Die Besserdotierung für diese Instandhaltungsaufwendungen erfolgte durch zweckgebundene Einnahmen, was gleichzeitig zu einer Budgetentlastung führte. In anderen Bereichen dürfte es jedoch zu einem Nachholbedarf gekommen sein. Das gilt etwa für die Kanalisationsanlagen, wo zweifelsohne ein Sanierungsbedarf gegeben ist.

Wohnbauförderung

Die Ausgaben für Wohnbauförderung (inkl. Sanierung) zeigen in der Periode 1980/89 den geringsten Zuwachs (+ 1,8 Prozent) sowie den größten Anteilsverlust an den Gesamtausgaben (– 2,5 Prozentpunkte) (Tabelle 13). Mit der Verländerung der Wohnbauförderung (1988) ist ein deutlicher Bruch in der Entwicklung gegeben. Die Ursache für den Rückgang der Ausgaben ab diesem Zeitpunkt ist einerseits auf die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel im Zuge der Verländerung der Wohnbauförderung zurückzuführen – hier gibt es eine Wirkungsverzögerung – sowie andererseits auf die Steuerreform und der Wegfall des Landesesechstels. Aus Tabelle 19 ist ersichtlich, daß es innerhalb der Förderungsinstrumente zu einer Verschiebung von der Darlehensgewährung zu Zinsen- und Annuitätzuschüssen gekommen ist. Das schwache Wachstum bei den Wohnbauförderungsausgaben erklärt sich durch eine rückläufige Gewährung von Landesdarlehen sowie dadurch, daß die übrigen Förderungsinstrumente noch nicht voll budgetwirksam geworden sind. Auffallend ist bei den Wohnbauförderungsausgaben ein massiver Aufbau von Rücklagen, die zu Jahresende 1989 einen Stand von 4,9 Milliarden Schilling erreicht haben.

Ausgaben für soziale Wohlfahrt

Ein weit überdurchschnittlicher Ausgabenzuwachs war bei den Ausgaben für soziale Wohlfahrt zu verzeichnen (+ 9,5 Prozent), ihr Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 4,8 Prozent 1980 auf 6,6 Prozent 1989 (Tabelle 13). Der quantitativ größte Teil des Sozialaufwands (vgl. Tabelle 20) entfällt auf die allgemeine Sozialhilfe (1980: 40 Prozent, 1989: 45 Prozent). Der weitaus größere Teil davon entfällt auf Ausgaben zur Abdeckung von Kosten infolge von Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit. Für Geldleistungen – darunter auch die sogenannten Dauerleistungen – wird nur etwas mehr als ein Viertel aufgewendet. Trotz der Expansion der Mittel für allgemeine Sozialhilfe in den achtziger Jahren entspricht das Sozialhilfesystem in seiner derzeitigen Form nicht den gestiegenen Anforderungen. Es ist insbesondere nicht geeignet, die Aufgabe der materiellen Grundsicherung und der Pflegebetreuung zu übernehmen (Köppel/Steiner 1989).

Die stärksten Zuwächse zeigen sich in der Behindertenhilfe bei der Ausfallhaftung für die Pensionistenheime sowie bei der quantitativ kaum ins Gewicht fallenden Flüchtlingshilfe. Überdurchschnittlich expandierten auch die Leistungen für Pflegeheime und die Heimhilfe. Die damit verbundene Strukturverschiebung ging zwar zu Lasten des Pflegekinderwesens (Anteil 1980: 13,7 Prozent, 1989: 8,5 Prozent), wobei sich dieser Anteilsverlust jedoch durch eine hohe Nachfrage nach Adoptivkindern und einer damit geringeren Anzahl zu betreuender Kinder erklären läßt. Anteilsverluste mußten weiters die Blindenhilfe, die Erziehungsheime, Essen auf Rädern, die Erholungsfürsorge und die Pensionistenklubs hinnehmen. Trotzdem kam es in vielen Bereichen (etwa in der Blindenhilfe) zu qualitativen Verbesserungen. Eine Beurteilung dieser Strukturverschiebungen bedarf einer Vertiefung in Details und kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden.

Sonstige Ausgaben

Aus Tabelle 13 ist ersichtlich, daß die sonstigen Ausgaben Anteilsgewinne an den Gesamtausgaben zu verzeichnen haben (1980: 23,7 Prozent, 1989: 25,3 Prozent). Diese quantitativ bedeutsame „Restgröße“ ist überaus heterogen zusammengesetzt. Die wichtigsten Komponenten sind die Mittel zur ärztlichen Betreuung, öffentliche Abgaben, Leistungsentgelte, Energiebezüge, Beiträge im Rahmen der Sozialhilfe sowie die Leistungen für die Verkehrsbetriebe, auf die noch etwas detaillierter eingegangen werden soll.

Die Wiener Stadtwerke als Sondervermögen der Stadt Wien sind zwar mit einer erhöhten wirtschaftlichen Selbständigkeit ausgestattet, können aber nicht selbständig Anleihen aufnehmen. Die Fremdmittelaufnahme wird brutto über den Wiener Haushalt abgewickelt, der Schuldendienst betrifft somit sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgaben-seite. In den Jahren vor 1979 war bei den Wiener Verkehrsbetrieben das

Kosten-Erlös-Verhältnis so ungünstig, daß Fremdkapital nicht nur für Investitionen, sondern auch zur Bestreitung des laufenden Betriebs aufgenommen werden mußte. Zu Jahresende 1978 hatten die Wiener Verkehrsbetriebe einen Schuldenstand von mehr als 11 Milliarden Schilling, der Zinsenaufwand allein betrug jährlich eine halbe Milliarde Schilling, sodaß Tilgungs- und Zinsenverpflichtungen mangels ausreichender Erträge nur durch erneute Fremdkapitalaufnahme nachgekommen werden konnte. Mit 1. Jänner 1979 wurden daher Sanierungsmaßnahmen in Kraft gesetzt. Die Tilgungen der bis dahin aufgelaufenen Schulden der Verkehrsbetriebe aus Anleihen und Krediten sollten die E-Werke und die Gaswerke übernehmen, während die Hoheitsverwaltung ab dem gleichen Zeitpunkt den Zinsendienst für diese Schulden und darüber hinaus die Finanzierung des verbleibenden jährlichen Geldbedarfes der Verkehrsbetriebe durch Kapitalzufuhr des Eigentümers und durch erfolgswirksame Betriebskostenzuschüsse übernehmen sollte, so daß sich eine erneute Schuldenaufnahme erübrigen sollte. Neben diesen Unterstützungen wird durch die Hoheitsverwaltung auch ein erheblicher Teil der Pensionslasten der Verkehrsbetriebe getragen. Die Entwicklung der Leistungen seitens der Hoheitsverwaltung für die Wiener Verkehrsbetriebe werden in Tabelle 21 dargestellt. Durch diese Neuregelung erfolgte eine „finanzielle Sanierung“ der bislang notleidenden Verkehrsbetriebe – der Nettozuschußbedarf an die Verkehrsbetriebe stieg zwischen 1980 und 1989 um jährlich durchschnittlich um 1,9 Prozent an – und damit auch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung der Wiener Stadtwerke als Gesamtunternehmung. Es wurde bereits erwähnt, daß bei den Wiener Stadtwerken seit 1983 eine kontinuierliche Entschuldung stattfindet (Tabelle 3).

Im Zusammenhang mit den Wiener Stadtwerken erscheint noch erwähnenswert, daß die Baukosten des U-Bahn-Netzes nicht durch die Wiener Stadtwerke selbst, sondern die Finanzierung über das Budget der Hoheitsverwaltung erfolgt, wobei der Bund erhebliche Zuschüsse zur Finanzierung des U-Bahn-Netzes leistet. Die U-Bahn-Anlagen sind nicht im Vermögen der Wiener Verkehrsbetriebe, sondern werden diesen gegen ein Benützungsentgelt zur Betriebsführung überlassen. Lediglich die Betriebskosten belasten nunmehr die Verkehrsbetriebe, während die laufenden Infrastrukturkosten abgegolten werden.

Unterteilt man die Ausgaben auf VGR-Basis nach ökonomischen Kriterien in die Bereiche Erstellung von öffentlichen Leistungen, Umverteilung und Finanzierung, so zeigt sich folgendes Bild:

Die Ausgabenanteile für die Erstellung öffentlicher Leistungen sind trotz eines Rückgangs der Investitionen und des Personalaufwandes 1988 gleich hoch wie 1980. Von den Ausgaben zur Umverteilung gab es eine Verschiebung hin zu den Finanzierungsausgaben. Zu diesem Anstieg hat vor allem der Finanzschuldenaufwand beigetragen. Von der Entwicklung der Ausgaben für Wohnbau- und Wirtschaftsförderung ging ein dämpfender Effekt auf die Finanzierungsausgaben aus.

Tabelle 20

Ausgaben für soziale Wohlfahrt
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zu- wachs 1980/89 in %
Allgemeine Sozialhilfe	1.024	1.028	1.422	1.542	1.846	1.885	2.111	2.080	2.327	2.602	+10,9
Behindertenhilfe	171	217	250	281	312	344	384	423	498	564	+14,2
Blindenhilfe	127	139	149	160	166	175	179	188	193	195	+ 4,9
Pensionistenheime (Ausfallhaftung)	89	104	131	142	166	215	235	278	285	294	+14,2
Pflegeheime ¹	210	240	282	290	320	343	341	361	528	533	+10,9
Pensionistenklubs ²	26	27	26	27	28	28	30	28	29	30	+ 1,6
Essen auf Rädern	40	42	43	42	49	57	62	65	67	68	+ 6,1
Heimhilfe	308	364	451	459	515	564	611	655	682	733	+10,1
Flüchtlingshilfe	10	13	27	57	70	64	56	50	48	45	+18,2
Herbergen für Obdachlose ¹	3	5	4	5	5	6	5	5	7	6	+ 8,0
Erziehungsheime ¹	66	73	75	73	82	80	74	71	69	65	- 0,2
Pflegekinderwesen	353	372	384	404	435	450	491	493	497	496	+ 3,9
Erholungsfürsorge	40	41	44	50	54	57	57	55	56	54	+ 3,4
Mietbeihilfen	15	13	30	44	46	41	38	37	38	42	+12,1
Sonstige	92	95	97	94	96	93	92	99	109	99	+ 0,8
Summe	2.574	2.773	4.415	3.670	4.190	4.402	4.766	4.888	5.433	5.826	+ 9,5

1 Ohne Personalaufwand sowie ohne Investitionen und Instandhaltungsaufwand

2 Ohne Instandhaltung

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 21

Leistungen für die Verkehrsbetriebe
in Mio. öS

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Einnahmen										
Zuschüsse des Bundes	172	178	181	195	201	229	237	243	157	214
Beiträge zu den Pensionslasten	738	791	841	838	869	996	1.067	1.143	691	703
Summe Einnahmen	910	969	1.022	1.033	1.070	1.225	1.304	1.386	848	917
Ausgaben										
Übernahme der Pensionslasten	1.833	1.968	2.001	2.128	2.259	2.401	2.488	2.569	1.671	1.724
Kapital- und Betriebskostenzuschüsse	1.739	1.830	1.772	1.771	1.675	1.757	1.802	1.905	2.496	2.467
Sonstige Beiträge und Zuschüsse	138	140	146	160	169	180	181	190	102	32
Summe Ausgaben	3.710	3.938	3.919	4.059	4.103	4.338	4.471	4.664	4.269	4.223
Nettozuschußbedarf	2.800	2.969	2.897	3.026	3.033	3.114	3.167	3.278	3.421	3.306

Quelle: Finanz- und Investitionsplan 1986–1990, Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 22**Ausgaben in ökonomischer Gliederung auf VGR-Basis**

Anteile in %

	1980	1984	1988
Erstellung von Leistungen	54,0	52,6	54,1
Umverteilung	12,2	12,9	11,1
Finanzierung	33,8	34,5	34,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: Gebärungsübersichten, ÖStZ, eigene Berechnungen

4.2.2. Ausgaben in funktioneller Gliederung

Aus der Gliederung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen (Tabelle 23 und 23a⁹) läßt sich entnehmen, daß in den achtziger Jahren nicht unbedeutende Strukturverschiebungen stattgefunden haben. Auffallend ist zunächst der starke Zuwachs der Gesundheitsausgaben von 15,5 Prozent 1980 auf 19,0 Prozent 1989 sowie der Ausgaben für soziale Wohlfahrt (1980: 6,9 Prozent, 1989: 8,5 Prozent). Diesem Zuwachs steht ein Rückgang der Ausgaben bei der Wohnbauförderung gegenüber, der – wie bereits oben erwähnt wurde – auf die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel, die Steuerreform sowie den Wegfall des Landessechstels zurückzuführen ist.

Auffallend hoch ist der Anteilsrückgang bei den Dienstleistungen zwischen 1982 und 1989 (1982: 35,8 Prozent, 1989: 26,9 Prozent). Neben den Ausgaben für die Ver- und Entsorgung und den sonstigen Dienstleistungen wie Bädern, Friedhöfen, Märkten usw. sind darin die Ausgaben für die Verkehrsbetriebe enthalten. Darauf entfielen 1980 knapp 48 Prozent dieses Aufgabenbereichs, 1989 waren es hingegen nur mehr knapp 36 Prozent. Das erklärt einen beträchtlichen Teil des Anteilsrückgangs. Mit Ausnahme der Ausgaben für Ver- und Entsorgung entwickelten sich jedoch auch alle anderen Dienstleistungen unterdurchschnittlich.

Der Bereich Erziehung, Unterricht und Sport nahm ebenso wie die Wirtschaftsförderung an Bedeutung ab. Letztere unterlag allerdings starken Schwankungen. Die Ausgaben für Straßen, Wasserbau und Verkehr entwickelten sich bis 1982 unterproportional und gewannen danach zunehmend an Dynamik. Das führte – aufgrund des U-Bahn-Baus, auf den über 80 Prozent der Ausgaben entfallen – dazu, daß dieser Aufgabenbereich seinen Anteil gegenüber 1980 konstant halten konnte. Unverändert blieben auch die Ausgabenanteile der Bereiche Allgemeine Verwaltung sowie öffentliche Ordnung und Sicherheit. Leichte Anteilsgewinne verzeichnete der Bereich Kunst und Kultur.

Ein deutlich steigender Ausgabentrend ist schließlich in der Gruppe Finanzwirtschaft zu beobachten. Dieser Anteil stieg von 5 Prozent 1980 auf 10,2 Prozent 1989.

5. Zusammenfassung

Ziel der Analyse war es, die finanzielle Position des Wiener Haushaltes näher zu untersuchen. In einer Globalanalyse des Gebarungsabganges auf Kassenbasis zeigte sich, daß beginnend mit dem Jahr 1982 ein Konsolidierungsprozeß eingeleitet wurde, bei dem ab 1984 laufend Haushaltsüberschüsse erzielt wurden, die insbesondere in den Jahren 1987–89 ein beachtliches Ausmaß erreichten. Gemessen an der Konjunkturentwicklung zeigt die Wiener Budgetpolitik lediglich im Jahr 1981 ein antizyklisches Verhalten. Die Konsolidierung 1982 paßt jedoch im Gegensatz zur Zeit danach weder zur gesamtösterreichischen noch zur Wiener Konjunkturentwicklung.

Die finanzielle Situation eines Haushaltes wird häufig ausschließlich an der Entwicklung der Finanzschuld beurteilt. Dieser Ansatz wurde jedoch im Rahmen der Untersuchung als zu eng angesehen, weshalb zusätzliche Finanzierungssalden einer Analyse unterzogen wurden. So zeigt der Saldo der laufenden Gebarung, daß sich Wiens relativer Saldo von 1980 bis 1982 drastisch verschlechterte, danach wieder leicht anstieg und auf hohem positiven Niveau etwa konstant blieb. Während Wien ebenso wie die anderen Länder und Gemeinden im allgemeinen Überschüsse akkumulierten, mußte in dieser Phase der Bund laufend Defizite finanzieren. Als weiterer Maßstab zur Beurteilung der Budgetpolitik wurde der Saldo des Vermögensänderungskontos, das sogenannte Net-lending, herangezogen. Die Entwicklung dieses Saldos zeigte, daß mit Ausnahme des Jahres 1982 die Zugänge im Finanzvermögen die Kreditaufnahmen übersteigen. Das deutet auf restriktive Einflüsse des Wiener Budgets hin, wobei die Periode 1980–82 eine Ausnahme bildete. Die Entwicklung einzelner Teilsalden des Net-lending bestätigte die globale Entwicklung, wobei jedoch die restriktiven Wirkungen durch das hohe Gewicht der Wohnbaudarlehen abgeschwächt werden, da von ihnen erhebliche indirekte Nachfrageeffekte ausgelöst werden. Es zeigt sich auch, daß vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Rücklagensaldo erheblich zum Nettovermögensaufbau beigetragen hat. Ein Vergleich des gesamten Vermögenszuwachses mit den Nettokreditaufnahmen ergab, daß der Schuldenzuwachs gedeckt ist. Der Aufbau eines beträchtlichen Nettovermögens und die damit zusammenhängende starke Gläubigerposition rührt daher, daß den Ländern vor allem im Wohnbau eine wichtige Finanzierungsfunktion zukommt.

Eine etwas detailliertere Untersuchung der Einnahmenströme im Wiener Haushalt hat gezeigt, daß Wien bei den Ertragsanteilen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben Anteilsverluste an den Gesamteinnahmen hinnehmen mußte. Die eigenen Landes- und Gemeindeabgaben konnten ihren Anteil nur durch Steuererhöhungen konstant halten. Dem standen

Tabelle 23

**Ausgaben in funktioneller Gliederung
in Mio. öS**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	durchschnittl. Zu- wachs 1980/89 in %
0 Vertretungskörper und Allgem. Verwaltung	3.963	4.430	4.700	5.135	5.264	5.600	6.411	6.203	6.183	6.326	5,3
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	630	700	760	810	865	947	1.006	1.039	1.064	1.095	6,3
2 Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft	5.305	5.637	5.859	6.067	6.383	6.826	7.321	7.606	7.543	7.935	4,6
3 Kunst, Kultur, Kultus	670	752	810	884	895	1.102	1.055	1.117	1.315	1.298	7,6
4 Soziale Wohlfahrt	3.733	4.002	4.734	5.051	5.619	5.914	6.375	6.531	6.633	7.493	8,0
Wohnbauförderung	4.970	5.468	5.758	6.926	6.401	6.793	8.043	7.662	6.474	5.829	1,8
5 Gesundheit	8.394	9.481	10.075	10.716	12.051	13.103	14.084	14.753	15.592	16.631	7,9
6 Straßen, Wasserbau, Verkehr	4.541	4.082	2.981	3.196	3.735	4.418	5.210	6.060	6.036	7.331	5,5
7 Wirtschaftsförderung	675	1.231	853	1.019	1.043	611	623	914	862	881	3,0
8 Dienstleistungen	18.492	21.194	23.490	21.889	22.263	21.139	24.615	22.767	24.767	23.588	2,7
9 Finanzwirtschaft ¹	2.693	3.356	5.543	5.167	5.625	4.918	4.619	7.002	6.722	8.922	14,2
Gesamt	54.068	60.334	65.563	66.861	70.144	71.371	79.361	81.655	83.821 ²	87.643 ³	5,5

1 ohne Abwicklung der Vorjahre

2 ohne Rücklagenzuführung in Höhe von 2.500 Mio. S

3 ohne Umschuldung für die Wiener Stadtwerke in Höhe von 3.621 Mio. S

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Tabelle 23a

Ausgaben in funktionseller Gliederung
Anteile in %

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
0 Vertretungskörper und Allgem. Verwaltung	7,3	7,3	7,2	7,7	7,5	7,8	8,1	7,6	7,4	7,2
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2
2 Unterricht, Erziehung, Sport, Wissenschaft	9,8	9,3	8,9	9,1	9,1	9,6	9,2	9,3	9,0	9,1
3 Kunst, Kultur, Kultus	1,2	1,2	1,2	1,2	1,3	1,5	1,3	1,4	1,6	1,5
4 Soziale Wohlfahrt	6,9	6,6	7,2	7,6	8,0	8,3	8,0	8,0	7,9	8,5
5 Wohnbauförderung	9,2	9,1	8,8	10,4	9,1	9,5	10,1	9,4	7,7	6,7
6 Gesundheit	15,5	15,7	15,4	16,0	17,2	18,4	17,7	18,1	18,6	19,0
7 Straße, Wasserbau, Verkehr	8,4	6,8	4,5	4,8	5,3	6,2	6,6	7,4	7,2	8,4
8 Wirtschaftsförderung	1,2	2,0	1,3	1,5	1,5	0,9	0,8	1,1	1,0	1,0
9 Dienstleistungen	34,2	35,1	35,8	32,7	31,7	29,6	31,0	27,9	29,5	26,9
10 Finanzwirtschaft	5,0	5,6	8,5	7,7	8,0	6,9	5,8	8,6	8,0	10,2
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Rechnungsabschlüsse, eigene Berechnungen

Anteilsgewinne vor allem bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie den sonstigen Einnahmen, aber auch bei den Gebühren und Leistungseinnahmen gegenüber. Sieht man von den eigenen Abgaben sowie von den Ertragsanteilen – letztere als zwar wichtige, aber gleichsam unbeeinflussbare Einnahmenkategorie – ab, so kann festgehalten werden, daß vor allem die Gebühren sowie die Kostenbeiträge und Entgelte Gegenstand der Einnahmenpolitik gewesen sind. Eine solche Strategie stößt langfristig – nicht zuletzt auch aus verteilungspolitischer Sicht – an Grenzen, sodaß zukünftig nur mehr geringe Spielräume ausgeschöpft werden können.

Auf der Ausgabenseite hat sich gezeigt, daß es zu Strukturverschiebungen vom Investitionsaufwand sowie von der Wohnbauförderung zu den Ausgaben für soziale Wohlfahrt, den Personalaufwand, den Schuldendienst und den sonstigen Ausgaben gekommen ist. Der Anteilsverlust der Wohnbauförderung an den Gesamtausgaben ist einerseits auf die Kürzung der Wohnbauförderungsmittel sowie andererseits auf die Auswirkungen der Steuerreform und den Wegfall des Landessechstels zurückzuführen.

Aus der Analyse der funktionellen Ausgabengliederung läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die stark steigenden Anteile in den Bereichen Gesundheit, soziale Wohlfahrt und Finanzwirtschaft den künftigen Spielraum für Zukunftsausgaben im Wiener Haushalt stark einengen, wenn es nicht gelingt, diese steigenden Anteile zu bremsen. Für die künftige Entwicklung stellt sich die wichtige Frage, ob jene Bereiche, die sich im vergangenen Jahrzehnt unterproportional entwickelten (wie etwa bestimmte Dienstleistungen oder die Bereiche Unterricht und Wissenschaft), nicht schon eine Untergrenze erreicht haben, sodaß dort nur noch ein geringes Einsparungspotential gegeben ist. Ferner ist die Frage zu stellen, ob die heutigen Budgetstrukturen mit den künftigen Problemen und Bedürfnissen korrespondieren. Mit der künftig zu erwartenden demographischen Entwicklung sowie mit der Öffnung des Ostens und den damit verbundenen Umwälzungen kommen neue Fragestellungen hinzu, die zum Anlaß genommen werden sollen, Bausteine für ein zukunftsorientiertes regionalpolitisches Stadtkonzept zu entwerfen, das möglichst alle Politikbereiche umfassen müßte. Von einer Gesamtschau ausgehend, könnte der Handlungsbedarf ermittelt werden, um so zu ballungsgebietsspezifischen Lösungen zu gelangen. In einem solchen Zusammenhang kann es nützlich und zielführend sein, Wien mit anderen Metropolen zu vergleichen.

Auf der Einnahmenseite kommt als weiteres Problem hinzu, daß bei der Volkszählung 1991 mit einer gegenüber 1981 relativ geringeren Bevölkerungszahl zu rechnen ist, was sich über den Finanzausgleich negativ auf der Einnahmenseite des Wiener Haushaltes niederschlagen wird. Wenn somit schon gegenwärtig sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite die Spielräume als eng eingeschätzt werden müssen, erscheint es nicht zuletzt aufgrund neu zu setzender Schwerpunkte in der Zukunft unumgänglich, neue „Rationalisierungsreserven“ zu erschließen. Dabei bietet sich eine Reorganisation der Aufgaben, vor allem

aber der traditionellen Verwaltung an. Nicht nur für Wien, sondern für alle öffentlichen und paraöffentlichen Organisationen in Österreich hat bisher keine ausreichende Anpassung an die geänderten gesellschaftspolitischen Anforderungen und Bedingungen stattgefunden. Die Modernisierung der Verwaltung kann und muß somit als eine Herausforderung für die neunziger Jahre gesehen werden.

Anmerkungen

- 1 Das ist ein Übereinkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse einvernehmlich zu gestalten.
- 2 Berechnet man den Saldo zwischen Ausgaben ohne Zinsendienst und Einnahmen als wirksamen Ausgabenüberschuß, so gilt:
wirksamer Ausgabenüberschuß + Zinsendienst = Gebarungsabgang auf Kassenbasis
- 3 Vgl. dazu Finanz- und Investitionsplan 1991–1995
- 4 Vgl. dazu Finanz- und Investitionsplan 1991–1995, S. 8 f.
- 5 Vgl. dazu Finanz- und Investitionsplan 1991–1995, S. 9
- 6 Diese Gliederung entspricht nicht jener, wie sie etwa in der VGR zu finden ist.
- 7 Vgl. dazu Finanz- und Investitionsplan 1991–1995, S. 12
- 8 Bei diesem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich Erhöhungen von Dienstgeberbeiträgen bei den Bruttoentgelten voll niederschlagen, beim öffentlichen Personalaufwand diese hingegen nur bei den Vertragsbediensteten wirksam werden.
- 9 Um eine bessere Vergleichbarkeit mit den Vorjahren herzustellen, wurden einige Bereinigungen durchgeführt. So wurden die Ausgaben einerseits um die Abwicklung der Vorjahre und andererseits um die Umschuldungstransaktionen für die Wiener Stadtwerke bereinigt. Herausgerechnet werden dabei weiters die vorzeitigen Fremdmittelaufnahmen im Jahr 1988 in Höhe von 2500 Millionen Schilling.

Literatur

- Burmeister, K., Canzler, W., Zukunftsmetropole Berlin. Kritik und Perspektiven wirtschaftspolitischer Leitbilder, Berlin 1988
- Farny, O./Kratena, K./Roßmann, B., Der Finanzausgleich in Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 42, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1990
- Gantner, M./Palm, E., Budgetanalyse und Finanzplanung der Stadt Bregenz für die Jahre 1976 bis 1989, in: Das öffentliche Haushaltswesen in Österreich 3–4/1987
- Köppl, F. et al, Arbeiten in Wien, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1986
- Köppl, F./Steiner, H., Sozialhilfe – ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung sozialer Not?, Kmmmer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1989
- Lehner, G., Vermögenstransaktionen im öffentlichen Sektor, in: WIFO-Monatsberichte 9/1989
- Magistrat der Stadt Wien, Finanz- und Investitionsplan (div. Jg.)
- Magistrat der Stadt Wien, Rechnungsabschlüsse (div. Jg.)
- Markl, A., Finanzierung kommunaler Unternehmungen am Beispiel der Wiener Stadtwerke, in: Österreichische Gemeindezeitung, 51. Jg., 6/1985
- Rainer, A./Roßmann, B., Das öffentliche Personalwesen und Personalinformationssysteme am Beispiel des Bundes, im Erscheinen
- Schönböck, W., Die finanzielle Situation der öffentlichen Rechtsträger in Österreich und deren finanzielle Beziehungen zueinander, Vorstudie im Auftrag des BMfF, Wien 1988

Schönbäck, W., et al., Kommunale Gebührenpolitik am Beispiel österreichischer Landeshauptstädte, in: Schriftenreihe Kommunale Forschungen in Österreich, Bd. 82, Wien-Linz 1989

Statistisches Zentralamt, Gebärungsübersichten (div. Jg.)

Swoboda, H., Tendenzen und Probleme der Wiener Budgetpolitik, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 27, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien 1983